Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 164 (1998)

Heft: 4

Rubrik: Bericht aus dem Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht aus dem Bundeshaus

Lernfachmesse in Deutschland: Computerunterstützte Armee-Ausbildung

Vom 3. bis 5.Februar 1998 zeigte die Dienststelle Computerunterstützte Ausbildung (CUA) des Heeres an der Europäischen Fachmesse Learntec in Karlsruhe modernste Lehrder programme Armee. Vorgestellt wurden zwei rollende Klassenzimmer mit insgesamt 14 Computer-Arbeitsplätzen. Die Messebesucher konnten darauf rund 50 moderne Lernprogramme der Schweizer Armee ausprobieren. In einem Fachforum wurde überdies die gesamte Palette der Lernprogramme unserer Armee vorgestellt. Im Mittelpunkt stand dabei die CD-ROM «Das Kriegsvölkerrecht», die in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) entstanden ist.

Die Dienststelle CUA produziert seit zehn Jahren interaktive Lernprogramme. Gesamtschweizerisch werden in der militärischen Ausbildung über 300 Ausbildungsstunden auf rund 50 CD-ROM vermittelt. Neben den 700 Computer-Arbeitsplätzen – verteilt auf 24 Standorte – stehen 10 mobile Ausbildungscontainer mit je 6 Arbeitsplätzen und ein CUA-Mobil als rollendes Klassenzimmer zur Verfügung.

Minenräumzentrum: René Felber präsidiert Stiftungsrat

Alt Bundesrat René Felber wird den Stiftungsrat des Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung in Genf präsidieren. Der ehemalige Aussenminister (1987–1993) und Bundespräsident (1992) hat sich bereit erklärt, diese wichtige Funktion zu übernehmen.

Das Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung spielt eine wesentliche Rolle im Engagement der Schweiz, die Auswirkungen der heimtückischen Minen zu vermindern. Das Zentrum wird von anerkannten Experten aus der ganzen Welt unterstützt und wird eng mit der UNO zusammenarbeiten.

Das Genfer Zentrum wird der UNO in vier Schlüsselbereichen Unterstützung bieten: Vorhandenes Wissen auf dem Gebiet der humanitären Minenräumung wird aufgearbeitet und gebündelt; relevante Daten aller UNO-Minenräumoperationen werden gesammelt und vernetzt; regelmässige Konferenzen zum direkten Erfahrungsaustausch werden organisiert, und schliesslich wird die Ausbildung von Minenräumspezialisten in die Wege geleitet.

Die Errichtung des Genfer Zentrums wurde vom Bundesrat am 26. November 1997 beschlossen. Mit der Botschaft zum Abkommen von Ottawa über das Verbot von Antipersonenminen vom 19. Januar 1998 hat der Bundesrat die Rechtsgrundlage für das Zentrum geschaffen. Sie sieht eine entsprechende Änderung des Militärgesetzes vor. Die Kosten für das Zentrum von rund 5,5 Millionen Franken pro Jahr trägt das VBS.

Im Nationalrat ist ein Postulat eingereicht worden, das die Inbetriebnahme des Zentrums bereits im Jahr 1998 anstrebt (s. ASMZ 3/98); gemäss ursprünglicher Planung würde das Zentrum den Betrieb im Jahr 1999 aufnehmen und den Vollausbau im Jahr 2001 erreichen.

Partnerschaft für den Frieden: positive Bilanz

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats befasste sich an ihrer Januar-Sitzung im Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik in der Hauptsache mit der Teilnahme der Schweiz am NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden (PfP) und zog aufs Ganze gesehen eine positive Bilanz. Die Kommission unterstützt die Bemühungen des Bundesrats, die schweizerische Teilnahme an dieser Initiative weiter auszubauen.

An ihrer Sitzung hörte die Kommission den Vertreter der NATO, Admiral Feist, Stabschef der Koordinationszelle der PfP in Mons (Belgien), an, der seinerseits eine positive Bilanz über die ersten vier Jahre der Partnerschaftsinitiative zog. Die Kommission stellte mit Befriedigung fest, dass sich die Teilnahme unseres Landes an der Initiative ständig ausweiten dürfte, vor allem durch eine vermehrte Beteiligung der Schweiz an den verschiedenen Aktivitäten der PfP. Sie äusserte auch den Wunsch, dass das Parlament in Zukunft verstärkt an der Weiterentwicklung der Partnerschaft mitwirken kann.

Mit 11 gegen 9 Stimmen beschloss die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats im weiteren, ihre Entscheidung über die Motion von Ständerat Bruno Frick, Einsiedeln, in der ein zentraler Nachrichtendienst verlangt wird, bis Ende 1998 zu verschieben; sie möchte vor einem Beschluss die Ergebnisse der verschiedenen Studien abwarten, die der Bundesrat in Auftrag gegeben hat.

Progress: 10 Prozent Sollbestandesreduktion

Im Februar 1998 hat der Generalstabschef, Korpskommandant Hans-Ulrich Scherrer, einen wichtigen Schritt im Rahmen des Massnahmenpakets Progress zur Optimierung der Armee 95 angekündigt, der auf 1. Januar 2000 realisiert wird. Die Massnahmen umfassen eine Reduktion des Sollbestandes der Armee 95 um knapp 42000 Personen und die Ausserdienststellung von Waffensystemen.

In allen nachrichtendienstlichen Analysen besteht Übereinstimmung, dass mittelfristig eine direkte militärische Aggression gegen unser Land äusserst unwahrscheinlich ist. Die vorgeschlagenen Abbaumassnahmen – vor allem in den Bereichen der Kampfund Unterstützungstruppen bedeuten, dass bewusst auf gewisse Leistungen im Rahmen des Gesamtsystems der dynamischen Raumverteidigung bis zur Umsetzung der Armee 200X verzichtet wird. Die Einsatzkonzeption der Armee wird dadurch nicht in Frage gestellt und dem nächsten Reformschritt Armee 200X nicht vorgegriffen. Es werden nur Einheiten aufgelöst und Waffensysteme liquidiert, die nach militärischen Kriterien mittelfristig das Ende ihrer Nutzungsdauer erreichen werden und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in der Armee 200X keine Verwendung mehr finden.

Die wesentlichsten Abbaumassnahmen lassen sich im einzelnen wie folgt zusammenfassen:

■ Die sechs Panzerbataillone Typ B in den Felddivisionen, die mit nicht kampfwertgesteigerten Panzern 68 ausgerüstet sind, werden aufgelöst und die Panzer liquidiert. Die beiden Panzerbataillone der Felddivisionen werden zu einem Bataillon verschmolzen, das heute schon mit Panzern 68/88 ausgerüstet ist.
■ Alle 29 Kampfflugzeuge Mirage III-S der Luftwaffe werden zur Liquidation freigestellt. Mit der Einführung des F/A-18 und auf Grund der militärstrategischen Lage ist die Aufrechterhaltung der Mirage III-S-Flotte nicht mehr zwingend notwendig. Das Flugzeug nähert sich zudem dem Ende seiner Lebensdauer.

■ Die zwölf Haubitzenabteilungen im Gebirgsarmeekorps 3, die mit (gezogenen) 10,5-cm-Haubitzen 46 ausgerüstet sind, werden aufgelöst. Das nicht mehr zeitgemässe Kosten-Nutzen-Verhältnis, das veraltete Munitionssortiment und der Realisierungsstand der neuen Bison-Geschütze lassen diese Massnahme zu. Als Kompensation werden dem Gebirgsarmeekorps 3 sechs Panzerhaubitzenabteilungen mit kampfwertgesteigerten Geschützen M-109 aus den Felddivisionen zugeteilt. In den Stäben der Artillerieregimenter und der Regiments-Stabsbatterien werden überdies gewisse Funktionen abgebaut.

■ Alle Festungsartillerieformationen (exklusive Bison) werden aufgelöst, und die Liquidation der obsoleten Artillerie-Festungswerke wird eingeleitet. Bereits bei der Überführung der Armee 61 in die Armee 95 war klar, dass die Artilleriewerke ausgedient haben und die Festungsartillerieformationen nur noch als Übergangslösung bis zum Ersatz durch die Bison-Batterien dienen würden.

■ Im Bereich der Logistik werden verschiedene Formationen aufgelöst bzw. umgewandelt. Betroffen davon sind die Sanitäts- und die Versorgungstruppen sowie der Militäreisenbahndienst.

■ Markante Änderungen gibt es ferner bei den **Rettungstrup-**pen und beim **Train.** Der Abbau bei den Rettungstruppen betrifft schwergewichtig eidgenössische Formationen. In allen Gebirgsinfanteriebataillonen wird auf die zweite Trainkolonne verzichtet.

■ Die Bestände der Fliegerabwehrbrigade 33 werden um rund 15 Prozent reduziert und die Fliegerabwehrtruppen neu strukturiert: 5 anstelle von 7 Regimentern, 10 anstelle von 15 Abteilungen und 30 anstelle von 45 Batterien.

■ Um 12 Prozent reduziert werden die Sollbestände der Militärjustiz.

Als vorgezogene Progress-Schritte sind bereits die Ausmusterung der 20-mm-Fliegerabwehrkanonen 54 und die Liqui-

ASMZ Nr. 4/1998 31

dation des Abfang-Fliegerabwehrlenkwaffensystems Bloodhound BL-64 erfolgt.

Optimierungspaket Progress, das von der Geschäftsleitung des damaligen EMD bereits vor einem Jahr verabschiedet wurde, umfasst neben der Reduktion des Sollbestandes der Armee um 10 Prozent drei weitere Elemente, die eng miteinander verknüpft sind und in verschiedenen Phasen umgesetzt werden, nämlich die Sicherstellung der Offiziersbestände ab 2000 durch eine beschränkte Erhöhung der Dienstleistungspflicht für gewisse Offiziere, die Optimierung der Ausbildung und die Intensivierung der Kontakte mit der Wirtschaft zwecks Optimierung der zivilen und der militärischen Karriere. Alles in allem sollen die Anpassungen der Armee 95 an die veränderten Rahmenbedingungen die Bestandes- und Kaderprobleme entschärfen und Kosteneinsparungen in Millionenhöhe bringen. Sie zeigen auch, dass Departements- und Armee-führung mit einem hohen Mass an Flexibilität die Armee 95 den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen anzupassen gewillt sind.

Weniger Diensttage in der Armee

Im **Jahr 1997** haben 232000 Armeeangehörige über **6,7 Millionen Diensttage** geleistet. Damit hat die Zahl der Diensttage im Vergleich zum Jahr 1996 um rund 4 Prozent abgenommen; diese Abweichung liegt im normalen jährlichen Schwankungsbereich.

Der Sommer 1997 mit seinen Unwettern hat sich in der Diensttage-Statistik des Zivilschutzes ausgewirkt: 35300 Schutzdienstpflichtige haben in 1467 Einsätzen etwas mehr als 107000 Diensttage geleistet. Die meisten Einsätze verzeichneten die Innerschweizer Kantone und die Kantone Bern, Basel-Stadt und Solothurn. Allein nach dem Unwetter in Sachseln standen mehr als 1500 Zivilschutzangehörige aus 23 Zivilschutzorganisationen und neun Kantonen an gut 6000 Mann-/ Frau-Tagen im Einsatz. Elfmal im Nothilfeeinsatz war der Zivilschutz im Kanton Tessin, wo schwere Waldbrände wüteten. Knapp 25000 Diensttage wurden für die Pflege und Betreuung – mehrheitlich in Altersheimen – geleistet

Mehr ausgehobene Frauen, weniger verurteilte Dienstverweigerer

An den Rekrutenaushebungen des Jahres 1997 wurden 132 diensttaugliche Frauen ausgehoben, 32 mehr als im Jahr zuvor. Gesamthaft wurden 28424 Stellungspflichtige diensttauglich erklärt, was einer Tauglichkeitsquote von 87,2 Prozent entspricht.

454 Stellungspflichtige (1,39 Prozent der Diensttauglichen) erklärten am Aushebungstag mündlich ihr Interesse, zivilen Ersatzdienst leisten zu wollen. Die Zahl der Gesuche für waffenlosen Militärdienst betrug im vergangenen Jahr 265, was einer Abnahme um 26 Gesuche gegenüber dem Jahr 1996 entspricht.

Zurückgegangen ist erneut die Zahl der verurteilten Dienstverweigerer; das Bundesgesetz über den Zivildienst wirkt sich aus. Im ersten Jahr seit seines Inkrafttretens fällten die Militärgerichte noch 41 Urteile wegen Dienstverweigerung. Zur Erinnerung: Im Jahr 1987 hatte die Zahl der verurteilten Dienstverweigerer noch 601 betragen. Die Gesamtbelastung der Militärgerichte nahm trotzdem leicht zu: Insgesamt wurden 330 vorläufige Beweisaufnahmen und 1141 Voruntersuchungen durchgeführt. Die Zunahme ist primär auf die Delikte Militärdienstversäumnis und Nichtbefolgung von Dienstvorschriften zurückzuführen.

Schiesspflicht: Bundesrat will daran festhalten

Am 10. Dezember 1997 hatte Nationalrat Pierre Chiffelle, Vevey, in einer Motion (von 46 Angehörigen des Rats mitunterzeichnet) die Aufhebung der obligatorischen Schiesspflicht und eine entsprechende Änderung des Militärgesetzes gefordert. Neben möglichen Einsparungen (jährlich 10 Millionen Franken) und administrativer Entlastung wurde in der Be-gründung des Vorstosses geltend gemacht, dass sich seit der Einführung des Sturmgewehrs 90 ein regelmässiges Schiesstraining erübrige; das neue Gewehr sei so präzise, «dass es praktisch unmöglich ist, das Ziel zu verfehlen».

Der Bundesrat beantragt dem Parlament die **Ablehnung** der Motion – unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass sich die eidgenössischen Räte bei den seinerzeitigen Beratungen zum Militärgesetz mit grossem Mehr für die Beibehaltung der ausserdienstlichen Schiesspflicht ausgesprochen haben.

Für den Bundesrat steht die Wichtigkeit des Obligatoriums ausser Diskussion. Der Präzisionsschuss sei im Hinblick auf Gefechtsschiessen unabdingbar - wegen der Treffsicherheit und wegen den allgemeinen Sicherheitsvorschriften. Für die Schulung des präzisen Einzelschusses stehe in der verkürzten Ausbildung der Armee 95 keine Zeit mehr zur Verfügung. Mit dem Zweijahresrhythmus der Fortbildungsdienste der Truppe könne auf die mindestens einmal jährliche Repetition der einzelnen Manipulationsschritte in der Waffenhandhabung unter Aufsicht nicht verzichtet werden. Die Erfüllung der jährlichen Schiesspflicht erlaube überdies automatisch eine Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der Waffe.

Im Rahmen der Planung der neuen **Armee 200X** soll die Frage der obligatorischen Schiesspflicht erneut grundsätzlich überprüft werden. Im heutigen Zeitpunkt lehnt der Bundesrat den geforderten Verzicht ab.

Armeefahrzeuge für Albanien

Im Rahmen des Individuellen Partnerschaftsprogramms wurden Ende Januar 20 Steyr-Lastwagen und 10 Jeeps aus überzähligen Beständen der Schweizer Armee an Albanien geliefert, wo sie sehr willkommen sind; das Land ist für den Aufbau der zivilen und militärischen Infrastruktur auf internationale Hilfe angewiesen.

Schon vor der Lieferung wurden zwei Offiziere der albanischen Armee in der Schweiz an den Fahrzeugen ausgebildet. Ein Schweizer Transport- und Logistikexperte hatte zudem Gelegenheit, zusammen mit einer internationalen Fachgruppe vor Ort das zivile und militärische Transportwesen in Albanien zu beurteilen.

Zur bilateralen Hilfe für Albanien gehört auch die **Revision** der **vier Helikopter Alouette III,** die im Jahr 1995 aus Liquidationsbeständen der Schweizerischen Rettungsflugwacht an das albanische Gesundheitsministerium geliefert worden waren. Im weiteren stellt die Schweiz einen Experten für die Zusammenarbeit mit den albanischen Behörden zur demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zur Verfügung.

Gelbmützen in Bosnien: neuer Kommandant

Seit Ende Januar 1998 ist Oberst i Gst Marco Cantieni neuer Kommandant der Schweizer Gelbmützen in Bosnien-Herzegowina.

Die Gelbmützen sind ein Verband aus freiwilligen, unbewaffneten Angehörigen unserer Armee. Sie unterstützen seit Sommer 1996 die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im logistischen Bereich, insbesondere im Reparatur-, Post- und Sanitätsdienst. Im vergangenen November hatte der Bundesrat auf Antrag der OSZE das Engagement der Schweizer Gelbmützen mit einem Höchstbestand von 65 Angehörigen bis Ende 1998 verlängert.

Oberst i Gst Cantieni, der in der Armee das Gebirgsinfanterieregiment 36 kommandiert, übernahm seine neue Aufgabe für sechs Monate zusammen mit 33 neuen Kontingentsangehörigen, darunter drei Frauen. Das Kontingent umfasst gegenwärtig 58 Personen, verteilt auf die Standorte Sarajevo, Mostar, Tuzla, Bihac und Banja Luka.

Bevölkerungsschutz: Interesse Kirgisiens

Der Minister für Bevölkerungsschutz der Republik Kirgisien, Mambetdjunus Abylov, hat Ende Januar an der Spitze einer Delegation seines Landes die Schweiz besucht, um sich umfassend über den Bevölkerungsschutz der Schweiz informieren zu lassen. Auf dem Programm des Besuchs standen Besichtigungen von Zivilschutzanlagen und eine Orientierung über die Bewältigung des Bergsturzes von 1991 in Randa und des Unwetterereignisses von 1993 in Brig. Am Beispiel des Grossbrandes in der Papierfabrik Tela in Niederbipp wurde der Delegation die Zusammenarbeit der Einsatzdienste Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz und Rettungstruppen der Armee erläutert.